



Irrweg oder Erfolgsgeschichte: Über das staatliche Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause aufziehen, wird lebhaft gestritten.

FOTO: JAN WOITAS/DPA

„Wir vertrauen da ganz den Eltern“

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller verteidigt das Betreuungsgeld, Ergebnisse einer kritischen Studie dazu stellt sie „komplett infrage“. Und sie sieht keinen Bildungsvorsprung von Kindern, die eine Krippe besucht haben

INTERVIEW: ULRIKE HEIDENREICH

München – Erneut gibt es heftige Debatten über das Betreuungsgeld. Anlass ist der nahe Jahrestag der Auszahlung: Seit dem 1. August 2013 erhalten Eltern, die ihr Kleinkind nicht in der Krippe betreuen lassen, 100 Euro, demnächst sind es 150 Euro. Zudem sorgt eine Studie für Aufregung, wonach die Prämie falsche Anreize setze. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) sieht das ganz anders.



Die Chemotechnikerin Emilia Müller, 62, ist seit Oktober 2013 Ministerin für Arbeit und Soziales in Bayern. Zuvor war sie viele Jahre Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Münchner Staatskanzlei. FOTO: DPA

SZ: Nach einem Jahr Betreuungsgeld sehen Kritiker wie etwa der Sozialverband VdK die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Sie aber sprechen unbeirrt von einer Erfolgsgeschichte.

Emilia Müller: Das ist es auch. Das Betreuungsgeld für junge Eltern ist goldrichtig. Die Zahlen sprechen für sich. In Bayern haben bislang rund drei Viertel aller anspruchsberechtigten Eltern Betreuungsgeld beantragt, insgesamt 74.000. Bundesweit sind es rund 300.000. Die Eltern haben also größtmögliche Wahlfreiheit.

Was verstehen Sie unter Wahlfreiheit? Dass sich Eltern frei entscheiden können, ob sie einen Platz in einer Kita in Anspruch nehmen. Oder ob sie die Betreuung lieber

privat organisieren. Da gibt das Betreuungsgeld ein Stück Anerkennung. Jeder soll nach seiner Fassung die Kinderbetreuung organisieren. Wir vertrauen da ganz den Eltern.

Kann man das immer? Gerade Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien, die besonders auf Unterstützung in Kitas angewiesen wären, bleiben oft auf der Strecke. Viele Eltern nehmen lieber Betreuungsgeld, so die Ergebnisse der vorgelegten Studie.

Diese Ergebnisse stelle ich komplett infrage. Es sind Eltern aus allen Einkommensschichten, die das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen. Auch der Pass spielt – anders als immer wieder behauptet – keine Rolle. In Bayern beispielsweise waren es

im ersten Quartal dieses Jahres 28.000 Bewerber mit deutschem Pass und 5000 mit ausländischem Pass. Diese Studie wurde bewusst im Vorfeld des Jahrestags des Betreuungsgeldes gestreut, um es infrage zu stellen.

Sie halten die Untersuchung also für unseriös?

Am allermeisten stört mich, dass in dieser Studie suggeriert wird, dass Migranten und Hauptschulabsolventen die schlechteren Eltern wären. Das ist unerträglich. Ich bin der Überzeugung, dass alle, ob Hauptschulabschluss oder Abitur, ihre Kinder liebevoll erziehen.

Frühkindliche Förderung in öffentlichen Einrichtungen ist also überflüssig?

Fehler in der Betreuungsgeld-Studie

Die Aufregung war groß, die Zahl war falsch: 54 Prozent der befragten Eltern, die keinen Schulabschluss haben oder lediglich einen Hauptschulabschluss und ihre Kleinkinder nicht in die Krippe schicken, hätten die Auszahlung des Betreuungsgeldes als Grund dafür angegeben. Dies war in einer Zusammenfassung einer Studie zu lesen, die das Deutsche Jugendinstitut und die Universität Dortmund über die Auswirkungen der Leistung bei 119.000 Familien mit Kindern unter drei Jahren angestellt hatte. Die Zahl ist jedoch durch einen Rechenfehler zustande gekommen. Die Autoren der Studie haben dies am Dienstag korrigiert.

In den Tabellen der ausführlichen Studie, die die Forscher am Montag ins Internet gestellt haben, findet sich die Zahl 54 Prozent nicht. Stattdessen heißt es: 22,6 Prozent der Hauptschulabsolventen und 31,2 Prozent

der Befragten ohne Schulabschluss gaben an, die monatliche Überweisung von 100 Euro sei ihr Hauptmotiv, die Kinder nicht in eine Krippe zu geben. Die Wissenschaftler hatten diese jeweiligen Anteile fälschlicherweise addiert und kamen so auf die 53,8 Prozent, statt den Anteil in der Gruppe insgesamt zu berechnen.

Tatsächlich liegt der korrekte Anteil unter den Befragten ohne höheren Schulabschluss bei etwa 24 Prozent und damit näher an dem Anteil von Familien mit Migrationshintergrund, die ausdrücklich wegen des Betreuungsgeldes ihr Kind daheim lassen: Dies sind 25 Prozent. Dass der Bildungsstatus bei der Bezugshäufigkeit der Prämie eine Rolle spielt, bleibt allerdings unverändert: Bei Familien mit mittlerer Reife reduziert sich der Anteil auf 14 Prozent, bei Akademikern auf acht Prozent.

HEID

Nein. Es gibt aber keine belastbare Studie, die belegt, dass Kinder, die einen Krippenplatz in Anspruch nehmen, einen Bildungsvorsprung vor Kindern haben, die nicht in die Krippe gehen. Vergessen Sie nicht, wir sprechen von Kindern unter drei Jahren. Da ist die persönliche Zuwendung von Eltern und Bezugspersonen wie Großeltern entscheidend, nicht die Bildung. Das setzt erst im Kindergartenalter an.

Warum wird diese Debatte über Kindererziehung und Familienbilder immer so emotional geführt?

Da werden ideologische Kämpfe auf dem Rücken der Kinder und Eltern ausgetragen. Jeder hat da so seine eigene Auffassung und fühlt sich schnell angegriffen. Dabei ist es doch so, dass jede Familie selbst am besten weiß, was dem Kind gut tut.

Die Gegenpositionen sind aber unerbittlich. Wenn die Mütter zu Hause bleiben, ist es nicht recht. Wenn die Frauen arbeiten, sind sie Rabenmütter. Wenn der Vater Teilzeit arbeitet, ist er zu lasch für die Karriere. Wie kann eine Sozialministerin in diesem Gefühlschaos helfen?

Wir bewerten nicht, jeder soll sich schließlich in seiner eigenen Lebensphilosophie frei entfalten. Es muss für alle Modelle eine Antwort geben, das gelingt uns sehr gut mit dem Krippenausbau, dem Landeserziehungsgeld, dem Elterngeld, dem Kindergeld – und eben dem Betreuungsgeld ...

... das als Herdprämie verspottet wird. Das ist unglaublich diffamierend und falsch. Denn das Betreuungsgeld kann ohne Abzüge parallel zu einer Erwerbstätigkeit bezogen werden. Beim Elterngeld aber muss man zu Hause bleiben. Was ist dann das? Da kommt niemand auf die Idee, eine ideologische Debatte zu führen.